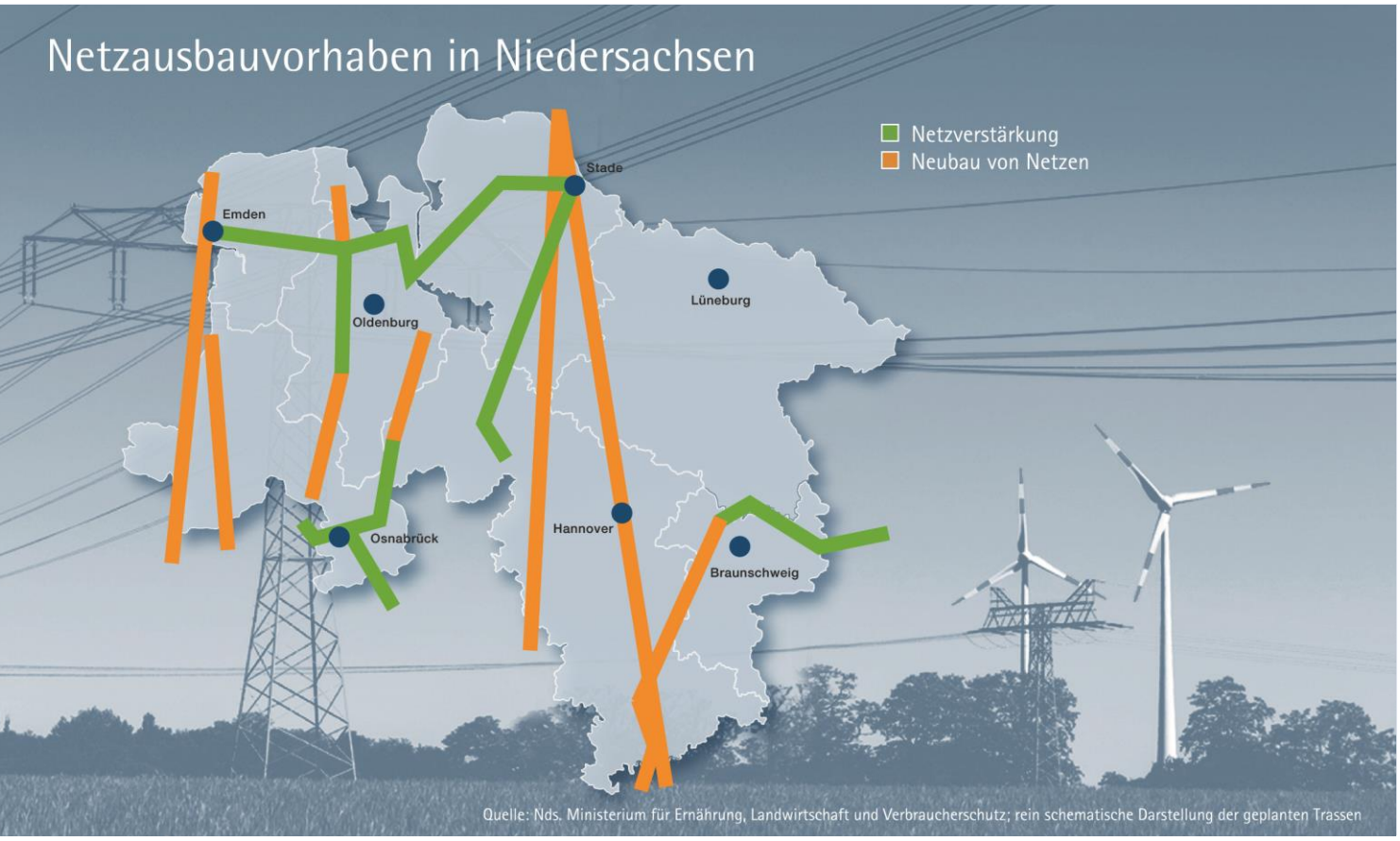
Stromnetze für die Zukunft – jetzt besteht Handlungsbedarf



Wir brauchen zukunftsfähige Netze – so schnell wie möglich!

Die Netzqualität ist in Niedersachsen – wie in Deutschland insgesamt – nach wie vor sehr hoch. Nach Angaben der Bundesnetzagentur (BNetzA) betrug die durchschnittliche Dauer der Stromunterbrechung je angeschlossenem Letztverbraucher im Jahr 2016 lediglich 12,8 Minuten*. Die Unterbrechungszeiträume gehen insgesamt seit Jahren kontinuierlich zurück und die Versorgung in Deutschland ist damit deutlich stabiler als bei den meisten europäischen Nachbarn. Die BNetzA schließt daraus, dass die Energiewende und der steigende Anteil dezentraler Erzeugungsleistung keine negativen Auswirkungen auf die Versorgungsqualität für den Verbraucher entfalten. Das sind gute Nachrichten.

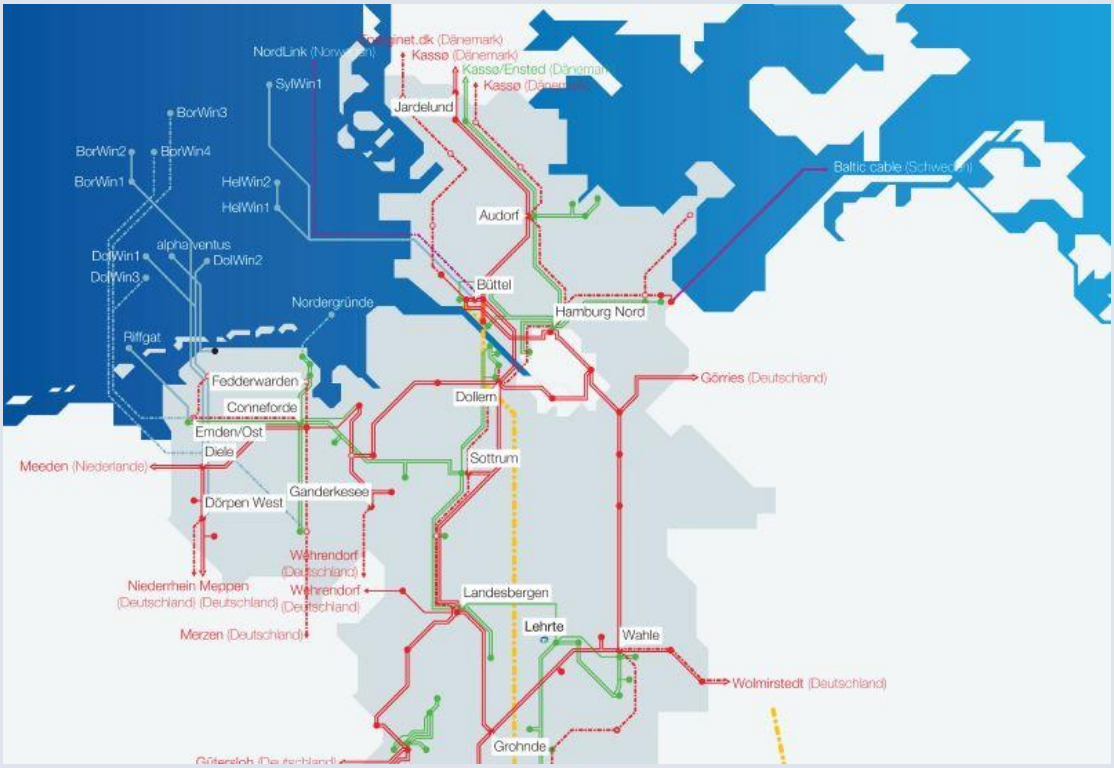
Zum Gesamtbild gehört aber auch: Der Ausbau der Übertragungsnetze hinkt dem Ausbau der Erzeugung von Erneuerbaren Energien weiter hinterher. Dies erzeugt zusätzliche Kosten zum Beispiel für das Hoch- und Herunterfahren von Kraftwerken oder das Notabschalten von Windkraftanlagen. Denn solange der im Norden produzierte Strom nicht adäquat in den Süden weitergeleitet werden kann, müssen die Übertragungsnetzbetreiber zur Netzstabilisierung regelmäßig ins Netz eingreifen. Hinzu kommt, dass die Speicherung von Strom aus volatilen Quellen noch nicht im notwendigen Umfang erfolgt. Hier bedarf es noch mehr Anstrengungen, damit die Versorgung verlässlicher wird. Das ist vor allem für diejenigen Industriezweige essenziell, für die auch Stromunterbrechungen von nur wenigen Sekunden mit Qualitätseinbußen in ihrer Produktion verbunden sind. Für das Gelingen der Energiewende und für eine verlässliche und bezahlbare Stromversorgung sind deshalb der weitere Netzausbau, die Modernisierung des bestehenden Netzes auf allen Spannungsebenen sowie bessere Speicherkapazitäten unabdingbar.

Lesen Sie mehr zum Thema und zu den Handlungsempfehlungen der IHK Niedersachsen (IHKN) auf den folgenden Seiten im aktuellen „Fokus Niedersachsen“.

**Stromunterbrechungen von mehr als drei Minuten.*

IHK Niedersachsen
Landesarbeitsgemeinschaft

Netzentwicklung bis 2030 – die entscheidenden Weichen stellen



Quelle: Tennet Netzkarte Deutschland

Im laufenden Jahr wird erstmalig ein Netzentwicklungsplan Strom mit dem Zielhorizont 2030 aufgestellt: Allen Akteuren obliegt es, in diesem Zeitraum die letzten Weichen für das Gelingen der Energiewende zu stellen. Das betrifft zunächst den Ausbau des Übertragungsnetzes: Die Abschaltung der aktuell noch betriebenen Kernkraftwerke Anfang der 2020er Jahre muss aufgefangen werden. Außerdem ist die grenzüberschreitende Netzinfrastruktur auszubauen, um den europäischen Energiebinnenmarkt zu vollenden. Auch die Struktur der Verteilnetze bedarf einer Anpassung an die zunehmende Flexibilisierung von Stromeinspeisung und -entnahme. Die „Sektorkopplung“, insbesondere die zu erwartende deutlich raschere Elektrifizierung des privaten Kraftfahrzeugverkehrs, erfordert eine wesentlich schnellere Ertüchtigung der Infrastruktur.

Für Niedersachsen haben alle damit verbundenen Themen erhebliche Bedeutung: Wesentliche HGÜ-Leitungen werden in Niedersachsen errichtet. Die in der Nordsee produzierte Offshore-Windenergie wird zu großen Teilen an den niedersächsischen Küsten anlanden. Zudem rechnen wir in Zukunft mit einem weiteren Zubau an Erneuerbare-Energien-Anlagen.

Dies ist auch sinnvoll, denn Anlagen sollten vor allem dort errichtet werden, wo kosteneffizient Strom erzeugt werden kann. Das Netz für den Energietransport muss dann aber auch zur Verfügung stehen.

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung liegt in Niedersachsen schon heute mit mehr als 40 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt (30 Prozent). Von einer Steigerung dieses Anteils ist auszugehen, und zwar sowohl durch große (Offshore-)Windparks, als auch durch weitere kleine Windparks an Land, Photovoltaikanlagen und Biogasanlagen. Um diese Energie nutzen zu können, bedarf es einer Ertüchtigung des Verteilnetzes zur Aufnahme von Strom. Denn dieses Netz war bisher, wie der Name sagt, vor allem ein Netz zur Verteilung von Strom, nicht aber zur Aufnahme und Umverteilung auf regionaler Ebene.

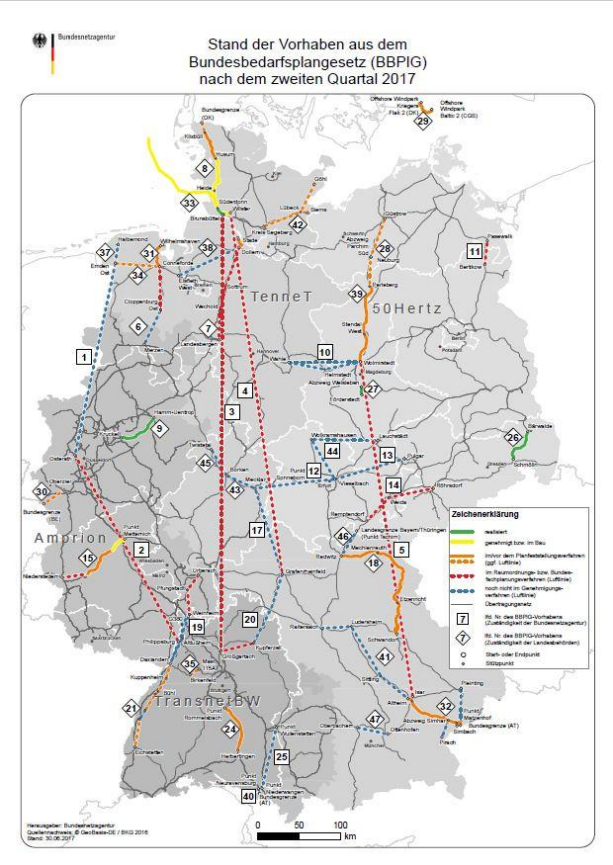
Der Netzausbau hat für Niedersachsen viele Facetten. Die Politik ist gehalten, die notwendigen Schritte konstruktiv zu gestalten und den Ausbau hin zu einem zukunftsfähigen Energienetz aktiv zu unterstützen.

IHK Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft

Übertragungsnetze in Niedersachsen zügig realisieren

Im Land Niedersachsen sind sowohl neue Trassen als auch Maßnahmen zur Verstärkung des Übertragungsnetzes geplant. Aus dem Bundesbedarfsplangesetz gehören etwa der „Korridor A-Nord“ von Emden-Ost nach Osterath sowie die Trasse SuedLink von Schleswig-Holstein bis Bayern dazu. Beide Trassen sollen den erheblichen Einspeiseüberschuss aus Norddeutschland in besonders erzeugungsdefizitäre Regionen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern transportieren.

Außerdem sind verschiedene Offshore-Anbindungen vorgesehen, was neue Trassenkorridore im Küstenmeer bis an Land bedingt, in denen unterirdische Gleichstromübertragungskabel verlegt werden können. Insgesamt sind in Niedersachsen über zwanzig große Vorhaben geplant.



Die Planung steht noch am Anfang

Bestandskräftig planfestgestellt sind von den in Niedersachsen vorgesehenen Vorhaben bisher nur einige wenige. Die meisten Projekte befinden sich noch am Anfang – sei es, dass das Raumordnungsverfahren abgeschlossen, sei es, dass bereits ein Fachplanungsverfahren eingeleitet wurde. Umso wichtiger ist es, dass die Vorhaben, die im Bundesbedarfsplangesetz und im Energieleitungsausbaugesetz als vordringlich eingestuft worden sind, nun so rasch wie möglich umgesetzt werden. Teilweise hätten diese bereits längst fertig gestellt werden sollen.

Danach sieht es gegenwärtig jedoch weiterhin nicht aus. Der neu eingeführte gesetzliche Vorrang der Erdverkabelung gegenüber der Freileitung bedingt, dass Planungen zeitintensiv überarbeitet werden müssen. Außerdem hat sich Widerstand von neuer Seite entwickelt: Zwar wird durch die Erdverkabelung ein erheblicher Konflikt beseitigt, denn Kabel unter der Erde belasten optisch die Bevölkerung und das gesamte Landschaftsbild deutlich weniger; dafür wenden sich aber Teile der Landwirtschaft gegen die Inanspruchnahme ihrer Äcker.

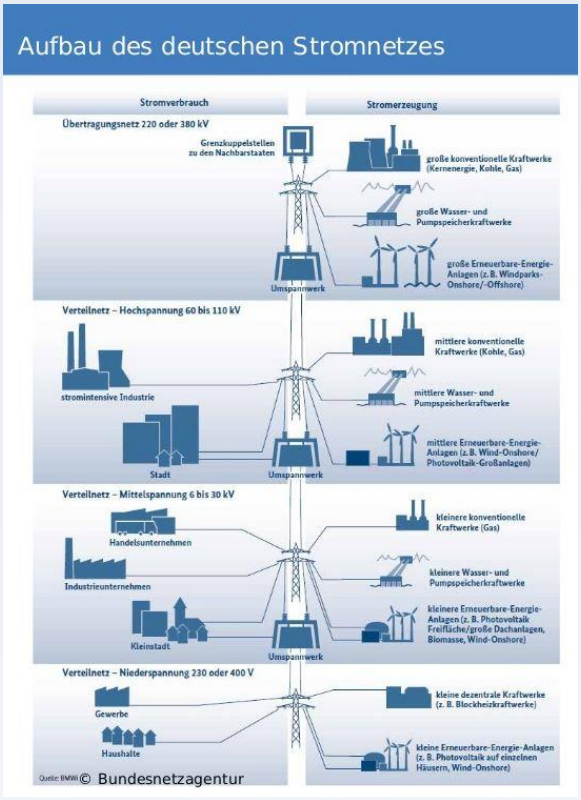
Vielerorts gründen sich außerdem Bürgerinitiativen, die sich generell gegen die Trassenplanung wenden. Auch Kommunen haben in Einzelfällen schon gegen Planfeststellungsbeschlüsse zum Ausbau des Hochspannungs-Übertragungs-Netzes geklagt.

Es ist dringend erforderlich, schon im Vorfeld der Genehmigungsverfahren gute Kompromisse für widerstreitende Interessen zu finden und parallel stetig für die Akzeptanz der Projekte zu werben, damit der Trassenbau vorankommen kann.

Dies kann nur gelingen, indem immer wieder die positiven gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen der Energiewende verdeutlicht werden: Dies sind neue Arbeitsplätze, wirtschaftliche Impulse durch Investitionen in und den Betrieb von Erneuerbare-Anlagen und nicht zuletzt eine Stromversorgung aus klimafreundlichen Quellen.

IHK Niedersachsen
Landesarbeitsgemeinschaft

Verteilnetze zukunftsfähig machen



Was die Verteilnetze leisten

Während die Höchstspannungsleitungen im Übertragungsnetz die Strommengen aus großen (Offshore-)Windparks und großen konventionellen Kraftwerken aufnehmen, wird mittlerweile der überwiegende Anteil der produzierten erneuerbaren Energien aus mittleren und kleinen Anlagen in das Verteilnetz eingespeist. Zugleich erfolgt auch der überwiegende Anteil an Energieentnahme wieder aus diesem Netz.

Die Aussage „In den Verteilnetzen findet die Energiewende statt!“ (Verband Kommunaler Unternehmen, 2017) ist deshalb richtig. Die Energiepolitik kommt nicht umhin, zukünftig der Bedeutung der Verteilnetze und ihrer dezentralen Funktionen insbesondere bei der Planung und Finanzierung deutlich mehr Rechnung zu tragen.

Wie sehen die Verteilnetze der Zukunft aus?

Angesichts der zunehmenden Energieerzeugung aus volatilen Quellen brauchen wir mehr Flexibilität in den Verteilnetzen. Diese wird erreicht, in dem Energielieferanten auf Nieder- und Mittelspannungsebene, wie Wind- und Photovoltaikanlagen, kurzfristig zu- und abgeschaltet und Batteriespeicher in das Verteilnetz einbezogen werden können. Außerdem ist das Verteilnetz aufgrund seiner neuen Funktion als „Einspeisenetz“ zwingend zu ertüchtigen.

Wie dies im Einzelnen geschieht, liegt in der Hand der Kommunen bzw. der Stromversorger auf regionaler Ebene. Sie entscheiden, wie das regionale Netz aussehen soll und sind verantwortlich für den konsequenten Auf- und Ausbau entsprechend der Planung. Nur auf dieser Basis kann Strom auch intelligent genutzt und verbraucht werden.

Wo liegen Herausforderungen?

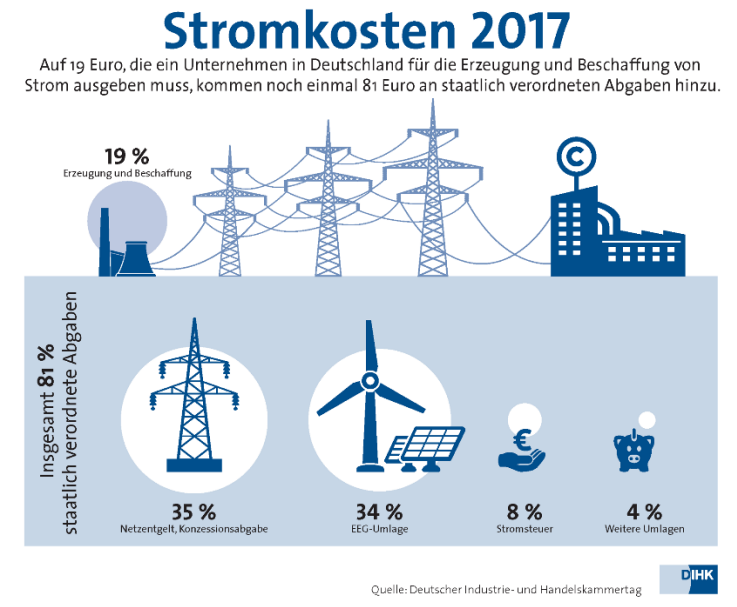
Intelligenter Verbrauch bedeutet in erster Linie, dass Strom möglichst dann verbraucht wird, wenn er reichlich vorhanden ist. In sonnenreichen und windstarken Stunden gibt es in Niedersachsen schon jetzt erneuerbare Energie im Überfluss. Soweit eine flexible Nutzung beim Verbraucher möglich ist, sollte diese stärker angereizt werden.

Bei bestimmten industriellen Produktionsverfahren ist eine flexible Stromabnahme jedoch nicht möglich. Auch die zunehmende Digitalisierung von Prozessen verlangt ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und stabiler Leistung.

Mehr Speicherkapazität im Netz ist eine unabdingbare Voraussetzung, um die reichlich erzeugte Energie für diejenigen Phasen zu speichern, in denen die Sonne nicht scheint und kein Wind weht. Wir kommen nicht umhin, für Stromspeicher einen wesentlichen besseren Marktzugang zu schaffen und diese in das Verteilnetz einzubinden.

IHK Niedersachsen
Landesarbeitsgemeinschaft

Die Netzentwicklung finanzieren



Unternehmen fordern Senkung von Abgaben

Den Unternehmen brennt das Thema Strompreis unter den Nägeln. Im Rahmen der vom DIHK bundesweit durchgeführten Umfrage „DIHK-Energiewende-Monitor 2017“ hat die niedersächsische Wirtschaft die Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis als dringend notwendige politische Maßnahme für die nächste Zukunft benannt.

Im Sommer 2017 hat der Bundestag die bundesweite Wälzung der Netzentgelte beschlossen. Dadurch werden in Niedersachsen Unternehmen entlastet, die ihren Sitz im Bereich des Übertragungsnetzanbieters TenneT haben. Aufgrund der schrittweisen Umsetzung der Netzentgeltverteilung wird diese Entlastung ihre volle Wirkung erst im Jahr 2022 entfalten. Außerdem liegen Teile von Niedersachsen im Gebiet von Amprion, für das eine Steigerung der Netzentgelt zu erwarten ist.

Deshalb kann die Novellierung des Netzentgeltmodernisierungsgesetzes nur ein erster Schritt von vielen zur Senkung von Abgaben und Steuern auf den Strompreis sein. Angesichts des Anstiegs der staatlich verursachten Belastungen des Strompreises um den Faktor 40 in den letzten zwanzig Jahren ist der Ruf der Wirtschaft nach deren Senkung sehr gut nachvollziehbar. Dabei darf aber nicht übersehen werden: Gerade im Westen Deutschlands beseitigt der Netzausbau zumindest auch einen erheblichen Investitionsstau bei der Erneuerung der Strominfrastruktur.

Netzausbau beseitigt Investitionsstau

Die Bundesnetzagentur hat schon vor Jahren Zahlen zum Alter der Höchstspannungsmasten vorgestellt. Danach dürften sie heute im Durchschnitt 40 bis 60 Jahre alt sein, zahlreiche Masten stehen sogar schon über 80 bis 95 Jahre. Erneuerungskosten für diese wären also ohnehin auf die Verbraucher zugekommen. Aber auch für die zukünftige Finanzierung der Verteilnetze wird eine neue Basis benötigt.

Die Entgeltsysteme gehören auf den Prüfstand. Das überwiegend arbeitspreisbasiertes Entgelt wird die notwendigen Ertüchtigungsmaßnahmen aller Voraussicht nach nicht decken. Dafür sind Grund- und Leistungspreise zukünftig wohl stärker zu berücksichtigen.

Kurzum: Der Strukturwandel in der Energieerzeugung sowie bei Einspeisung und Entnahme wird sich langfristig voraussichtlich dergestalt auf die Preisstruktur auswirken, dass es einen fixkostenbasierten Strompreis bei Kosten nahe Null für die Produktion des Stroms geben wird.

IHK Niedersachsen
Landesarbeitsgemeinschaft

Was jetzt getan werden muss

1. Für Akzeptanz werben

Der Bau von Leitungen hat verschiedene Auswirkungen, die die Akzeptanz erschweren. Für private Wohngrundstückseigentümer geht es dabei insbesondere um die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und damit verbundene mögliche Auswirkungen auf die monetäre Bewertung des Grundstücks oder (befürchtete) Gesundheitsbeeinträchtigungen. Für Landwirte geht es um die Beeinträchtigung der Nutzbarkeit ihrer Flächen. Es ist deshalb wichtig, immer wieder zu erklären, warum der Ausbau eines leistungsfähigen Netzes von Nord nach Süd für die Energiewende unerlässlich ist.

2. Das Verteilnetz ausbauen

Die Verteilnetze übernehmen eine wesentliche Aufgabe im Rahmen der Energiewende. Denn der Hauptanteil an erneuerbarer Energie wird auf dieser Ebene eingespeist und auch daraus wieder entnommen. Deshalb muss diese Spannungsebene für die Zukunft fit gemacht werden und eine ausreichende Flexibilisierung von Einspeisung und Entnahme tatsächlich auch ermöglichen.

3. Hemmnisse aus dem Weg räumen

Im Rahmen der Planfeststellungsverfahren für den Netzausbau werden alle berechtigten Interessen geprüft und gehen in die Entscheidung der Bundesnetzagentur ein. Zeichnet sich schon frühzeitig ab, dass es an der einen oder anderen Stelle schwierig werden könnte, gilt es, rasch gute Kompromisse zu finden. Es ist wesentlich effizienter, den Planfeststellungsbeschluss in einem ausreichend tiefgehenden Verfahren auf eine tragfähige und von Akzeptanz getragene Basis zu stellen, als den Baubeginn aufgrund von Klagen auf unbestimmte Zeit verschieben zu müssen.

4. Intelligenten Stromverbrauch anreizen

Viele Versorger bieten heute schon Tarife an, die einen Anreiz dafür bieten, Strom vor allem dann zu nutzen, wenn er günstig verfügbar ist – zum Beispiel in den Abend- und Nachtstunden. Dieses Anreizsystem gilt es auszubauen und durch intelligente Stromzähler zu ermöglichen.

Was die IHK Niedersachsen tut

1. Den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft fördern

Die IHKN bringt im „Niedersächsischen Energiedialog“ regelmäßig Landtagsabgeordnete und Unternehmer zusammen. So können Unternehmen aus der Energiewirtschaft aktuelle Schwerpunkte ihrer Arbeit vorstellen und die jeweiligen Fachpolitiker der im Landtag vertretenen Fraktionen können ihrerseits Ziele und Vorstellungen erläutern. Darüber hinaus sind die IHKs in den Netzausbauverfahren als Träger öffentlicher Belange beteiligt und kommunizieren die Anliegen der regionalen Wirtschaft gegenüber Übertragungsnetzbetreibern und Genehmigungsbehörden.

2. Fundierte Kenntnisse einbringen

Aufgrund ihrer guten Kenntnisse der regionalen Strukturen und Bedarfe kann die IHKN fundiert über die notwendigen Projekte und Netzausbaumaßnahmen im Rahmen der Energiewende informieren. Die einzelnen niedersächsischen IHKs tun dies zudem im Rahmen ihrer Fachausschüsse sowie bei öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionen zu Netzausbaumaßnahmen.

3. Die Politik in die Pflicht nehmen

Die Politik muss alle notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Netze schaffen. Dies kommunizieren die IHKs regelmäßig gegenüber politischen Vertretern – im Rahmen von Veranstaltungen, in politischen Papieren und durch das Ehrenamt.

IHK Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft

Datenquelle:
Bundesnetzagentur (BNetzA); Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK); Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Statistisches Bundesamt (Destatis); Verband Kommunaler Unternehmen (VKU)

Ansprechpartner für den Fokus Niedersachsen

IHKN-Sprecher für Energiepolitik:
Dr. Jan Amelsbarg, Tel. 04921 8901-26, E-Mail Jan.Amelsbarg@emden.ihk.de

IHK Niedersachsen (IHKN)
Hinüberstr. 16-18, 30175 Hannover
Tel. 0511 33708-76
E-Mail: info@ihk-n.de

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der IHK Braunschweig, IHK Hannover, IHK Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburgischen IHK, IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim, IHK für Ostfriesland und Papenburg sowie IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum. Sie vertritt rund 460.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Der Fokus Niedersachsen erscheint in regelmäßigen Abständen zu aktuellen Themen aus Wirtschaft und Politik und steht unter www.ihk-n.de/Publikationen auch zum Download zur Verfügung.

Bitte beachten:
Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die geschlechtsneutrale Differenzierung verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.

IHK Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft